

Steinbach, 6. Februar 2019

An Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Manfred Gönsch
Gartenstraße 20
61449 Steinbach/Ts.

Die Fraktionen von FDP und SPD in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Steinbach stellen folgenden Antrag zur Erweiterung des CDU-Antrages in Stadtverordnetenversammlung am 11.02.2019

Verkehrsberuhigung Kronberger Straße

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat der Stadt Steinbach wird beauftragt, Verhandlungen mit Hessen Mobil, dem Hochtaunuskreis, dem RP Darmstadt und gegebenenfalls mit der Polizei aufzunehmen mit dem Ziel, ein schlüssiges Gesamtkonzept für die Verkehrsberuhigung in der Kronberger Straße (Ortsausgang) zu vereinbaren. Dieses Konzept soll eine Reduzierung der Lärmbelastigung der Anwohner erreichen durch einen abgestimmten Maßnahmenkatalog, der folgende bereits diskutierte Elemente umfasst:

- Bauliche Maßnahmen
- Ausweisung zusätzlicher Parkplätze auf der Kronberger Straße
- Geschwindigkeitsbeschränkung in und außerhalb der Stadtgrenze

Zudem sollten die von Seiten der Bevölkerung bisher den Parteien zugetragenen Vorschläge bewertet und beurteilt werden, so dass deren Sinnhaftigkeit oder Machbarkeit öffentlich gemacht werden können. Folgende, bisher nicht bewertete, Vorschläge sind demnach in die Prüfung aufzunehmen:

- Ausweisung weiterer Parkplätze (inkl. Parkbuchten) auf beiden Seiten der Kronberger Straße ab der Sodener Straße stadtauswärts in Richtung Oberhöchstadt.
- Überbauung des Abwassergrabens zwischen der Rossertstraße und dem Nicolaiweg und Einrichtung von Parkplätzen in diesem Abschnitt zur Verkehrsberuhigung. Zur Gegenfinanzierung sind die neuen Parkplätze den unmittelbaren Anwohnern zum Kauf oder zur Anmietung anzubieten.
- Aufstellen von großen Blumenkübel zur weiteren Verkehrsberuhigung.
- Anbringung einer durchgängigen Fahrbahnmarkierung zur besseren Orientierung des fließenden Verkehrs.

- Anbringung von zwei Spiegel gegenüber der Ausfahrt Rossertstraße zur besseren Kontrolle des fließenden Verkehrs in der Kronberger Straße.
- Einrichtung einer durchgängigen 70 Km/h – Zone in Verbindung mit einem Überholverbot in beide Richtungen zwischen dem Ortsausgangsschild und nach der Einmündung Neuwiesenweg.
- Bauliche Verbesserung der Verkehrsinsel am Ortseingang mit einer deutlichen Absicherung zur Überquerung der Kronberger Straße.
- Ausweisung eines Fahrradstreifens ab der Kirchgasse bis zum Nicolaiweg.
- Prüfung einer Rechts vor Links Regelung vom/bis zum Ortsausgang

Der Bauausschuss wird beauftragt, die Ergebnisse nach Vorlage zu überprüfen und der Stadtverordnetenversammlung die weitere Vorgehensweise (z.B. Vorstellung Bürgerversammlung) zu empfehlen.

Neben den baulichen und verkehrstechnischen Maßnahmen sind zeitgleich mögliche Fördermittel des Landes Hessen oder des Bundes zur finanziellen Abfederung der einzelnen Maßnahmen zu prüfen und zu beantragen.

Begründung:

Seit Jahren warten die Anwohner am Stadtrand auf eine Reduzierung des Verkehrslärms, der insbesondere durch ab der Position des Radarmeßgerätes beschleunigende PKW erzeugt wird. In der Vergangenheit wurden verschiedene Maßnahmen etabliert, die an einigen Stellen auch erfolgreich waren, die aber am Stadtrand eher eine Zunahme des Verkehrslärms ergeben haben. Die in jüngster Zeit zu beobachtende Diskussion wird überwiegend ohne die Fachkenntnisse der notwendigerweise zu beteiligenden Fachbehörden geführt. Dabei ist es laut Pressemitteilungen bereits zu Missverständnissen in der regierenden Koalition gekommen, die zu einem zunächst blockierenden Sperrvermerk geführt haben. Dies führte bei den betroffenen Bürgern zu Unverständnis. Die Lösung kann nur in der zügigen Beteiligung der Fachbehörden liegen, damit Klarheit in ein abgestimmtes Maßnahmenpaket kommt.

Mit freundlichen Grüßen

Astrid Gemke
Fraktionsvorsitzende

Jürgen Galinski
Fraktionsvorsitzender